**Zeitschrift:** Die Berner Woche
**Band:** 29 (1939)
**Heft:** 33

**Rubrik:** Weltwochenschau

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.09.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Weltwochenschau

## Gerüchte um Berchtesgaden.

Am gleichen Tage wie die Militärmissionen der Westmächte mit den Russen in Moskau, traten irgendwo im Salzburgischen die beiden Außenminister der Achsenmächte, Ribbentrop und Ciano zusammen, um die Lage zu beraten und Pläne festzulegen. Die verschiedenen Konferenzen der beiden „Aktivisten" unter sich, mit Hitler und wieder unter sich oder mit den beidseitigen Botschaftern Attolico und von Mackensen verliefen samt und sonders unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Es weiß also niemand, was in Wahrheit besprochen wurde, und auch die italienische und deutsche Presse, die nachher darüber berichtete, läßt einen im Unklaren. Unklar bleibt sogar ihre Behauptung, die französischen und britischen Blätter hätten lauter Phantasieberichte geschrieben, und alle Kombinationen seien müssig. Soll das nun heißen, diese Kombinationen seien falsch? Oder nur müssig?

Die Engländer verfolgen natürlich mit ihren Darstellungen zum vornherein einen bestimmten Zweck. Wenn sie behaupten, der Duce habe eine solche Konferenz gewünscht, sich aber hernach geweigert, persönlich mit Hitler zu tagen, und zwar, weil er keine theatralischen Entscheidungen wünschte, dann versuchen sie Italien solche Absichten zu suggerieren. Ebenso mit der Darstellung, wonach Italien von den Deutschen Aufschluß verlange, wie weit sie wegen der Danziger Frage gehen und was sie riskieren wollen. Ein Wunsch ist auf jeden Fall die Annahme, Italien bremse mit aller Kraft und weigere sich, ins große Abenteuer hinein zu schlittern . . . „nur wegen Danzig". Es könnte aber sein, daß es zwar mit ins Abenteuer geht, aber nur um einen bestimmten Preis. Um welchen Preis? Schwer zu sagen! Womit könnten die Deutschen bezahlen? Mit balkanischen oder afrikanischen Beutestücken, die heute noch in andern Händen sind?

Eine Version lautete, das Thema sei nicht Danzig, sondern der europäische Südosten gewesen. Es herrsche zwischen Berlin und Rom vor allem keine Einigkeit in bezug auf Ungarn und in zweiter Linie Jugoslavien. Ungarn, dessen Ministerpräsident Teleki zwar die Achsenpolitik mitmache, sei den Deutschen nicht mehr genehm, wohl aber den Italienern. Berlin wünsche eine Militärallianz und das Recht, in der Auseinandersetzung mit Polen frei mit seinen Armeen über ungarischen Boden passieren zu dürfen. Ungarn widersetze sich diesem Ansinnen.

Sicher steht, daß Graf Teleki vor dem ungarischen Abgeordnetenhaus unter stürmischem Beifall verkündete, man werde sich die fernere Wühlarbeit der von Deutschland ausgehaltenen Pfeilkreuzler vom Halse zu halten wissen. Fest steht auch, daß er bekannte, das verbotene Buch von Lajos, das behauptet, die Niederlage Deutschlands in einem künftigen Kriege sei sicher, habe in seinen materiellen Ausführungen von den deutschen Stellen nicht widerlegt werden können. Solche Worte eines verbündeten Ministerpräsidenten müssen den Zorn Berlins wecken. Sie erinnern unheimlich an die Einstellung der Regierung Schuschnigg, vor dem Anschluß. Ungarn ist nicht das deutsche Oesterreich, es ist das „kernmagyarische" Land, wie es die völkischen Propheten nennen . . . trotzdem droht ihm heute die gleiche Gefahr wie den Oesterreichern und Tschechen. Italien hat Oesterreich geopfert . . . wird es um der „Achse" willen auch Ungarn opfern?

Die deutsche Unterminierung Ungarns bedient sich der großen deutschen Minderheit im Lande, aber auch einer gewissen nationalistischen magyarischen Schicht, die mit deutscher Hilfe die „Revision" des Trianon-Vertrages durchzusetzen hofft. Es waren ungarische Stimmen, die nach den Salzburgerkonferenzen triumphierten, nun sei die Zeit der Revision im Südosten gekommen. Die Stimmen jener unverbesserlichen Phantasten, die glauben, das Reich der Stephanskrone, vielleicht um ein Weniges verkleinert, mit deutscher Unterstützung wieder aufrichten und „unabhängig" erhalten zu können. Es wird von einer Teilung der Slowakei gesprochen, also von einer Abtretung des Waagtales, das die Deutschen sowieso schon besetzt halten, ans deutsche Reich . . . das übrige käme zu Ungarn. Für die Mithilfe in der polnisch-rumänischen Affäre, die man sich wahrhaftig auch heute noch ohne russische und britische Assistenz denkt, bekäme Ungarn das ganze Siebenbürgen bis zum transsylvanischen Bogen. Und selbstverständlich würden die Italiener auch die Kroaten wieder nach Ungarn zurückführen. Mit diesen Vorstellungen, die weitverbreitetes ungarisches Gedankengut sind, muß der Graf Teleki rechnen. Seine Position ist nicht leicht . . . er muß sozusagen gegen den liebsten nationalistischen Wahn kämpfen. Ihm bleibt nichts übrig, als der ungarischen Oeffentlichkeit zu sagen, was eine solche „Revision" bedeutet: Das Ende des freien Ungarn.

Es ist die deutsche Presse, die auf Geheiß von Goebbels alle Alarmnachrichten über die „Druckverschiebung" von Danzig gegen Ungarn hin höhnisch ins Reich der frommen Wünsche weist. Man habe die Danziger Frage zu lösen, weiter nichts. Polen versteife sich darauf, „dieses Stück Deutschland" zu besitzen. Und England sei schuld an dieser polnischen Renitenz. Wenn England nachgäbe, würde Polen sofort klein sein. Man könne nicht mehr zuwarten.

Wahrscheinlich stimmt auch dieses Dementi nicht. Danzig ist „eine Kleinigkeit", man will mehr. Aber man klammert sich an den Anschluß, weil Danzig unbezweifelt deutsch ist und weil diese Tatsache die moralische Rechtfertigung einer Aktion gegen Polen in sich schließt. Darum tut man, als ob „nur Danzig" zur Diskussion stehe. Ungarn und die deutschen Volksgruppen im ganzen Donaugebiet sind Probleme, die man aufrollt, weil Danzig allenfalls auf dem Umwege über die Karpathenpässe erobert werden muß . . . Danzig mit seinem Hinterlande Polen, um es genau zu sagen!

Die Konferenzen von Salzburg sind vorüber . . . die Resultate beginnen wohl in den nächsten Wochen sichtbar zu werden. Aus dem, was getan wird, läßt sich abmessen, ob Ciano Hitler gewarnt und gebremst hat, ob er das unabhängige Ungarn gestützt und gerettet, oder aber, ob er bedenkenlos den deutschen Aktionsplänen zugestimmt, „carte blanche" für Danzig gegeben und auf die Stützung Telekis und damit Ungarns verzichtet habe. Mitte August ist da . . . die Ernte wird mit Uebertempo eingebracht . . . die bangen Monate zwischen Ernte und Winter, die zur Durchführung eines „Blitzkrieges" genügen würden, sind ganz nahe. Was werden sie Europa bringen? Wie werden sich die Gerüchte um Berchtesgaden entschleiern?

## Vor neuen Entscheidungen in China.

Roosevelt hat sich vorgenommen, während der Kongreßferien jederzeit eine Sondersession seines Doppelparlaments einberufen und die neue Fassung des Neutralitätsgesetzes, so wie er sie durchbringen wollte, den widerspenstigen Volksvertretern vorlegen zu dürfen; er hat die Herren wissen lassen, daß er dies tun werde, sobald in Europa oder im Fernen Osten ein Krieg ausbrechen sollte.

Man ersieht aus dieser Einstellung des amerikanischen Präsidenten, daß er mit der Möglichkeit eines japanischen Angriffes auf England rechnet . . . mit einer Tollkühnheit also, wenn man will . . . oder mit einem Desperadostreich. Seine Gründe für eine derartige Annahme liegen klar zutage: Die japanische

Armee treibt unaufhaltsam dem kritischen Punkte zu, wo sie alles wagen muß; sie hat sich selbst in eine Lage hinein manöveriert, die kein Zurück mehr gestattet; sie muß versuchen, die Regierung auf ihre Bahn zu zwingen und die letzten „Diplomaten und Vermittler" auszustoßen.

Die Militärallianz mit den Achsenmächten, welche die Generäle forderten, hat ihnen die Regierung bisher nicht zugestanden; man will nicht die allerletzten Brücken abbrechen. Worin die Regierung den Militärs freies Spiel läßt, das ist die Aktion gegen die britischen Besitzungen in China; die Bewegung gegen die Engländer hat an hundert Stellen eingesetzt. In Schanghai greift man antisemitische Parolen auf und sperrt die Stadt für jüdische Flüchtlinge aus Europa ... alles im Namen des Kampfes gegen den weißen Feind, den man mit China gemeinsam vernichten will.

Demgegenüber scheinen die Engländer, während sie in Tokio verhandeln, mit aller Kraft die Armeen Tschang Kai Schecks zu aktivieren und zu einer großen Offensivebereit zu machen. Neue Divisionen marschieren an den mittelchinesischen Fronten auf; eine Botschaft des Marschalls verkündet den unbezweifelbaren Sieg, der mit jedem Tage näher rücke; die Partisanen arbeiten mit unvermindertem Erfolg, die Japaner verschieben ihre Kräfte, um die Angriffe in günstigen Positionen abzuwarten.

Man kann es durchaus verstehen, wenn die Militärs den Abbruch der Verhandlungen mit England verlangen und von britischer „Unaufrichtigkeit" sprechen: Materiell hat das „perfide Albion" Japan bislang kaum mehr zugestanden als gerade die Auslieferung der vier Tientsiner Attentäter. Seit die Verhandlungen unterbrochen wurden, versuchen die erbosten japanischen Minister, England irgendwie zu binden; sie wollen die Konferenz überhaupt erst wieder zusammenrufen, wenn England Bedingungen zugesteht, die eine Einigung möglich scheinen lassen. Die Erbitterung wächst ins Unerhörte, die Massen werden von den Militärs aufgeputscht und demonstrieren. Bringt die Regierung nicht zustande, was die Generäle wollen, dann ist allerhand zu befürchten; es ist indessen möglich, daß ein erfolgreicher chinesischer Angriff am Yangtsekiang die Engländer so weit entlastet, daß sie nicht kapitulieren müssen ... dann aber wird auch ein allfälliger Handstreich gegen die britische Flotte ... eben Roosevelts befürchteter „Krieg", unterbleiben. Freilich hängt alles davon ab, wie sich die Dinge in Europa entwickeln, und wie die Moskauer Verhandlungen fortschreiten.

## „Nationale Union"

Es werden im Herbst Wahlkämpfe um den neuen Nationalrat stattfinden ... sanftere Kämpfe zweifellos als sonst. In verschiedenen Zeitungen wird die Hoffnung ausgesprochen, das Wahlresultat möge über die Sitzverteilung hinaus irgendwelche Neuorientierung bringen, und zwar im Sinne eines noch engern Zusammenschlusses als bisher. „Der Hauptzweck des kommenden Wahlkampfes", schreibt die Nat. Ztg. Sie hat Bezug auf andere Blätter genommen und meint, die Einbeziehung der Sozialdemokratie in den Bundesrat sei Voraussetzung einer verläßlichen parlamentarischen Mehrheit. Die Zufallsmehrheiten, die in all den vergangenen Jahren jeweilen bundesrätliche Vorlagen über die Klippen hinüber manöverierten, könnten nicht mehr genügen. Denn die Zeiten sind außerordentliche und verlangen Sicherheit, nicht vage Möglichkeiten.

Die Nat. Ztg. weist darauf hin, daß die Welschen den Sinn einer Einigung anderswo sehen, und daß sie auch einen andern Weg der Einigung anraten. Sie wollen, wie die „Gazette de Lausanne" es dartut, zunächst eine gründliche Aussprache, an welcher alle großen Parteien sich beteiligen müßten. Das Ergebnis dieser Aussprache wäre die neuerliche öffentliche Erklärung der Sozialdemokratie über ihre Einstellung zu den staatspolitischen Problemen ... diese Erklärung, welche durchaus nicht einem neuen Fußfall zu gleichen brauchte, würde als Konsequenz die Zusage der andern Parteien bringen, Sozialisten in die Bundesregierung aufzunehmen. Die staatspolitische Erklärung der Linken müßte aber, um die Welschen zu befriedigen, ganz besonders deutlich in der Anerkennung des föderalistischen Prinzips und in der Ablehnung weiterer Zentralisierungen sein. Anders will man in der Westschweiz unsere Eidgenossenschaft nicht garantiert sehen.

Seltsam, für uns Berner, die wir „den Grimm" und „den Möckli" seit einem Jahr in der Regierung haben, scheinen die Zeiten, da es anders gewesen, schon in grauer Ferne zurück zu liegen. Es fällt überhaupt keinem ein, nach den besondern Erfahrungen zu fragen, die man mit den „neuen Männern" gemacht. Höchstens sickert etwa durch, daß der neue Baudirektor tüchtig schaffe usw. Die Zürcher wissen es auch nicht anders. Warum also wird im Bunde soviel Federlesens gemacht? Zugegeben, es gibt eine Reihe kleiner Kantone, die einen „Sozi" bei sich als Holzspalter, aber nicht als Regierungsrat denken können ... auf sie muß man Rücksicht nehmen. Bis sie innewerden, wie sehr sich die Zeiten und mit den Zeiten auch die Linksparteien gewandelt haben, und bis sich also auch diese zurückgebliebenen Mentalitäten wandeln werden, vergehn vielleicht nur kurze Monate. Es genügt der Einbruch eine Katastrophe, und wie der Blitz wird es in allen Gehirnen leuchten, daß wir alle die Verantwortung tragen müssen, daß also auch alle Parteien ihre „Verantwortungsträger" in den entscheidenden Behörden zu senden haben.

Vielleicht dämmert bis dahin auch überall die Einsicht, wer alles nicht in den Kreis der Verantwortungswürdigen gehört: Es wird plötzlich klar sein, daß Fascisten ebensowenig wie Kommunisten eidgenössische Offiziersuniformen tragen dürfen. Daß wir heute davon noch nicht allseitig überzeugt sind, ist ein Zeichen der noch unzulänglichen Reife gerade in jenen Kreisen, die soviel Bedenken gegen die „nationale Union" auch im Bunde hegen.

## Auslandsschweizersorgen.

Sie haben an der LA getagt, die Auslandschweizer, haben Trinksprüche angehört und sich ausgesprochen. Nicht mit jener Offenheit, die man gewünscht, aber doch so, daß wir Zuhausegebliebenen ein Bild der besondern Sorgen unserer „fünften Schweiz" erhalten haben.

Es sind neue Sorgen, welche unsere Landsleute bewegen. Sorgen, von welchen wir bis vor wenigen Jahren kaum etwas wußten. Gab es vor dem Kriege, ja vor dem Aufkommen der fascistischen Autarkiepolitik ein Geldproblem, wie es sich heute herausgebildet hat? Der Bündner oder Tessiner, der sich im Auslande als Hotelier, als Unternehmer irgendwelcher Branche betätigte, verdiente Geld, brachte seine Lire, Dollars oder Pfund in die Schweiz, wie es ihm beliebte, sorgte für seinen Lebensabend, wie das ein tätiger Bürger eben tut ... heute gibt es eine Reihe von Ländern, die verhindern, daß einer seinen Verdienst über die Grenze bringt. Man kann nicht einmal seiner Tochter eine Mitgift in Geld mitgeben!

Aber abgesehen davon, auch in andern Ländern, die noch nicht der Devisenbewirtschaftung verfallen sind, werden die Arbeitsbedingungen schwerer und schwerer. Die offiziellen Leiter der Tagung hörten jenen Sprecher aus Südfrankreich, der die Dinge so offen schilderte, mit Unbehagen an. Er hätte sie einer Amtsstelle vortragen sollen, nicht einer offenen Tagung. Vielleicht hat der Mann eine Ahnung von Amtsstellen ... vielleicht nicht?

Item, wir hätten ein Donnerwetter und eine stürmische Resolution gegen die Vertreibung der Südtirolerschweizer lieber gehört als Bundesrat Mottas Bekenntnis zur „undifferenzierten, ungeteilten Neutralität", die uns nicht davon bewahrt, von verschiedenen Staaten verdammt verschieden und differenziert behandelt zu werden! —an—